

BUCHBESPRECHUNGEN

S. DULLIEN/H. HERR/ C. KELLERMANN
DER GUTE KAPITALISMUS

Bielefeld 2009, transcript Verlag, ISBN 978-3-8376-1346-9,
242 Seiten, 19,80 €

Die aktuelle Finanz- und Weltwirtschaftskrise wird von interessierter Seite gerne auf Fehlreize und die Gier von Managern zurückgeführt. Mit so einer Argumentation geraten dann die ökonomischen Rahmenbedingungen, wirtschaftspolitische Orientierungen und (Fehl-) Entscheidungen aus dem Blickfeld, die als eigentliche Ursache für das gegenwärtige ökonomische Desaster angesehen werden müssen.

Eine wirtschaftliche Analyse, die sich aus einer keynesianischen Perspektive grundlegend mit dem als gescheitert anzusehenden Globalisierungsprozess der vergangenen Jahrzehnte auseinandersetzt, liefert das jüngst von *Sebastian Dullien, Hansjörg Herr und Christian Kellermann* verfasste Buch „Der gute Kapitalismus“. Wie schon der etwas putzig anmutende Titel – zusammen mit dem Untertitel „... und was sich nach der Krise ändern müsste“ – andeutet, befassen sich die Autoren nicht nur mit Ursache und Verlauf der gegenwärtigen Krise, sondern das Buch soll „eine Blaupause liefern, ein Ziel, auf das die Politik hinsteuern kann“ (S. 19). Dazu „ist es notwendig, sich von dem Glauben zu verabschieden, dass Märkte ohne staatlichen Rahmen gut funktionieren könnten. Wir brauchen eine neue Balance zwischen Staat, Markt und Gesellschaft – und es ist offensichtlich, dass Staat wie Gesellschaft mehr Gewicht bekommen müssen“ (S. 16).

Ausgangspunkt des Buchs ist der Aufstieg des Neoliberalismus und das Ende des Systems von Bretton Woods. Frei schwankende Wechselkurse sowie die Deregulierung des Kapitalverkehrs und der internationalen Finanzmärkte haben,

so die Autoren, das Weltwährungs- und Finanzsystem in eine „Schockmaschine“ verwandelt: Auf kurzfristige Spekulationsgewinne ausgerichtete und häufig sehr aggressiv agierende Institutionen wie Hedgefonds oder Investmentbanken spielen hierbei eine wichtige Rolle. Mit dieser Entwicklung einhergegangen ist in den 1980er Jahren die Etablierung eines neuen Managerkonzepts, die Orientierung am Shareholder-Value. Dieses Konzept „kann korrekt als ein Modell der ‚Profite ohne Investitionen‘ bezeichnet werden, da hier über kurzfristige Strategien [...] versucht wird, Gewinne zu erzielen. So kann das Shareholder-Value-Modell zu geringen Investitionen und niedrigem Wachstum führen, wodurch es gleichzeitig beträchtliche systemische Risiken hinsichtlich der Finanzstruktur einer Volkswirtschaft mit sich bringt“ (S. 56). Auch auf dem Finanzplatz Deutschland, so Dullien et al., wurde der Shareholder-Value mit seiner Konzentration auf Kennziffern des Finanzmarktes in Form des Aktienkurses und kurzfristiger Renditen immer wichtiger. In einem solchen System sind Boom- und Bust-Phasen vorprogrammiert: Vermögenspreise steigen über einen längeren Zeitraum stark an und fallen dann schlagartig ab – die Immobilienmarkt-Krise in den USA und die dadurch ausgelöste Krise auf den Weltfinanzmärkten ist nach diesem Boom-Bust-Muster abgelaufen.

Neben der Deregulierung des internationalen Finanzsystems machen die drei Autoren zwei weitere mehr oder weniger bewusst herbeigeführte Entwicklungen aus, die das Scheitern des neoliberalen Globalisierungsmodells kenn-

zeichnen: Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Erosion von Arbeitsmarktinstitutionen auf der einen sowie die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen auf der anderen Seite.

Um die aktuelle Krise zu überwinden, ist nach Auffassung von Dullien et al. die Rettung des Bankensektors unvermeidlich, wobei die Autoren hier für eine radikale Lösung mit Zwangskapitalisierung und Verstaatlichung einiger Institute plädieren. Die in Deutschland gewählte Bad-Bank-Lösung könne zu einer Kreditklemme führen, da die Banken durch die gewählte Konstruktion gezwungen sind, ihre Kreditvergabe zurückzufahren. Um die Konjunktur zu stabilisieren, müsse insbesondere die Fiskalpolitik expansive Impulse setzen. Für Deutschland und für viele andere Länder bestehe aufgrund von deregulierten Arbeitsmärkten die Gefahr einer Deflation durch sinkende Löhne. Um dies zu verhindern, sei in Deutschland „die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von enormer makroökonomischer Bedeutung“ (S. 123).

Während die Auseinandersetzung mit der aktuellen Krisenpolitik eher kurz ausfällt, befassen sich Dullien et al. sehr ausführlich mit langfristigen und grundlegenden Reformmaßnahmen, um einen „guten Kapitalismus“ nach der Krise zu gestalten. Mit Blick auf die internationalen Finanzmärkte und das Wechselkurssystem plädieren sie für eine radikale Abkehr vom eingeschlagenen Kurs und die Schaffung neuer Rahmenbedingungen. Unter anderem werden feste Wechselkurse, die Rückkehr zu Kapitalverkehrskontrollen, die Standardisierung und das Verbot von Finanzprodukten sowie die Auflösung des Schattenbankbereichs gefordert. Mit Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt sprechen sich Dullien et al. neben Mindestlöhnen für eine Pflichtmitgliedschaft

von Unternehmen im Arbeitgeberverband aus, um so gleiche Wettbewerbsbedingungen durch gleiche Tarifstandards bzw. Löhne zu schaffen und ein allgemeines Lohndumping zu verhindern.

Insgesamt ist „Der gute Kapitalismus“ ein sehr lesenswertes Buch. Auch wenn man unter Umständen nicht mit allen Punkten der Analyse und der wirtschaftspolitischen Vorschläge einverstanden ist, so bietet es doch so etwas wie einen makroökonomischen Kompass. Wünschenswert wäre sicherlich eine – im Buch nur ganz vereinzelt zu findende – *polit*-ökonomische Analyse des Globalisierungsprozesses gewesen, um die hinter dem ökonomischen Geschehen stehenden sozialen Macht- und Kräfteverhältnisse sowie das Handeln der entsprechenden Akteure herauszuarbeiten. Auch wäre eine tiefer gehende Klärung der Frage, welche Leistungen die öffentliche Hand erbringen soll und welche Leistungen durch Marktprozesse bereitgestellt sind, durchaus wünschenswert gewesen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf Deutschland, da sämtliche Privatisierungen von öffentlichen Leistungen zu einer deutlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung geführt haben und Deutschland zudem das einzige entwickelte Industrieland ist, das in den vergangenen zehn Jahren öffentliche Beschäftigung radikal abgebaut hat. Allerdings kann dem entgegnet werden, dass „Der gute Kapitalismus“ in erster Linie als Blaupause für eine andere makroökonomische Rahmensezung und Konjunkturpolitik zu verstehen ist – und gemessen an diesem Anspruch kann die Lektüre des Buchs nur empfohlen werden.

Kai Eicker-Wolf
DGB Hessen-Thüringen

**MANUELA SCHWARZKOPF: DOPPELT GEFORDERT,
WENIG GEFÖRDERT. ALLEINERZIEHENDE FRAUEN IN DER
GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE**

edition sigma, Berlin 2009, ISBN 978-3-8360-1102-0, 88 S., 29,90 €

Alleinerziehende Frauen werden in der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) benachteiligt. Detailreich und leicht verständlich demonstriert *Manuela Schwarzkopf*, dass mehr Geschlechtergerechtigkeit und ein besonderer Nachteilsausgleich für alleinerziehende Frauen nur im Gesetzestext und in den Schriften des zuständigen Bundesministeriums auftauchen. Die Praxis in den Grundsicherungsstellen sieht vier Jahre nach den Hartz-Reformen anders aus. Gegenüber der Sozialhilfe hat sich ihre Situation de facto kaum verbessert, obwohl sie von der Bundesregierung als Gewinnerinnen propagiert wurden. Selbst erhöhte Regelleistungen könnten durch den weitgehenden Wegfall einmaliger Leistungen überkompensiert werden (S. 74).

Das Ergebnis ist ernüchternd und zugleich wenig überraschend, gab es doch schon bei der Entwicklung des SGB II deutliche feministische Kritik an der geschlechterpolitischen Ausrichtung und seitdem zahlreiche kritische Evaluationen. Einen blinden Fleck bildete bisher die Situation alleinerziehender Frauen – Schwarzkopf rückt sie erstmals ins Zentrum einer empirischen Analyse.

Diese Personengruppe ist besonders benachteiligt (S. 21–24): qua Geschlecht von der Arbeitsteilung in der Familie, von der horizontalen und vertikalen Segregation des Arbeitsmarktes und der Absicherung der (Erwerbs-)Biografie im Sozialsystem sowie aufgrund der besonderen Fürsorgeverantwortung, ohne angemessene Kinderbetreuungsinfrastruktur. Deshalb brau-

chen alleinerziehende Frauen in der Grundsicherung eine intensive Förderung, um ihren Lebensunterhalt über eine Erwerbstätigkeit sichern zu können. Das wurde von der damaligen rot-grünen Bundesregierung anerkannt, Hartz IV sollte das Querschnittsziel der Gleichstellung von Männern und Frauen erfüllen, durch präventives Gender Mainstreaming und Nachteile ausgleichende Frauenförderung (S. 9). Das ist der Ausgangspunkt Schwarzkopfs und zugleich die Messlatte, um zu bewerten, ob die Praxis diesem Anspruch gerecht wird, ob die besondere Situation alleinerziehender Frauen innerhalb der „Leistungen zur Eingliederung in die Arbeit ausreichend berücksichtigt wird und ob sie in einem Maße und in einer Weise gefördert werden, die dem gesetzlichen Auftrag des Nachteilsausgleichs entspricht“ (S. 11). Als zweiten Bezugspunkt zur Bewertung der Gleichstellungspraxis verwendet sie das Konzept der „sozial inklusiven Staatsbürgerschaft“, das in der feministischen vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung von *Trudie Knijn* ausformuliert wurde. Alle Staatsbürgerinnen und -bürger sollen dabei das Recht auf Erwerbsteilhabe und das Recht auf die wohlfahrtsstaatlich abgesicherte Übernahme familialer Sorgearbeit haben (S. 12).

Die reale Situation skizziert Schwarzkopf detailliert anhand ausgewählter Daten der Bundesagentur für Arbeit und der empirischen Wirkungsforschung. Dabei berücksichtigt sie eine wichtige Unterscheidung innerhalb dieser Gruppe: Personen, die Kinder unter drei

Jahren versorgen, ist eine Arbeit generell nicht zumutbar, bei älteren Kindern schon, insoweit deren Betreuung gesichert ist. Dennoch haben alle alleinerziehenden Frauen formal Zugang zu allen Fördermöglichkeiten, also zu Beratungsleistungen, arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Leistungen zur Betreuung von Kindern (S. 38–41). Doch in der Praxis wird selektiv gefördert. Obwohl alleinerziehende Frauen genauso erwerbsorientiert sind wie die Referenzgruppen (Frauen, Männer, alleinerziehende Männer) und keine spezifischen Vermittlungshemmnisse aufweisen, werden sie, besonders im Westen, weniger intensiv von den Fachkräften in den Grundsicherungsstellen betreut. Sie haben seltener eine Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen und nehmen seltener an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teil; und obwohl mangelnde Kinderbetreuung die zeitliche Verfügbarkeit dieser Frauen besonders einschränkt, bieten die Fachkräfte nur vereinzelt die möglichen Unterstützungsleistungen an.

Den Eingliederungserfolg zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit deutet Schwarzkopf als eher unterdurchschnittlich. Besonders alleinerziehende Frauen mit kleinen Kindern werden möglicherweise von den Fachkräften als nicht aktivierbar abgestempelt und müssen daher selbst mit Nachdruck Eingliederungsleistungen einfordern (S. 66f.). Insgesamt stellt sie fest, dass alleinerziehende Frauen nicht gemäß dem Grundsatz des Nachteilsausgleichs gleichrangig oder verstärkt gefördert werden. Gemessen an der „sozial inklusiven Staatsbürgerschaft“ konstatiert sie, dass weder individuelle Rechte auf Erwerbsteilhabe noch auf Familienarbeit existieren und insofern

auch de facto keine Wahlfreiheit besteht (S. 73–75).

Warum sie diesen zweiten Maßstab überhaupt anlegt, wird nicht so recht deutlich. Das Konzept ist zwar innerhalb der Forschung populär, warum es ein „besonders geeignetes“ ist (S. 32), wird nur sehr knapp theoretisch hergeleitet und lässt sich auch an den Ergebnissen nicht ablesen. Der theoretische Rahmen wirkt wenig elaboriert und ein bisschen künstlich integriert – die immanente Kritik anhand der gesetzlichen Vorgaben hätte ausgereicht. Damit hätte Schwarzkopf Raum gewonnen, um an anderen Stellen noch stärker in die Breite und Tiefe gehen zu können. Denn sie weist zu Recht darauf hin, dass es sich um ihre Masterarbeit handelt, was den Umfang sowie die Komplexität der Arbeit beeinflusst. Sie kann daher auch keine umfassende Gleichstellungsanalyse durchführen, „die verschiedene Struktur-, Prozess- und Ergebnisaspekte beinhalten müsste“ (S. 11). Doch haben andere Autorinnen und Autoren in diesem Bereich wertvolle Vorarbeiten geleistet; über sie erfahren die Leserinnen und Leser jedoch nichts. Schwarzkopf schließt implizit daran an, mit einer klar fokussierten Forschungsfrage und passend gewählten empirischen Indikatoren. Sie kann ihre Thesen weitgehend stichhaltig belegen und verschafft Einblicke in die ungleichheitsstabilisierende Praxis der Grundsicherungsstellen. Ihr besonderes Verdienst ist es, eine wenig beachtete Zielgruppe in den Mittelpunkt zu rücken und zu verdeutlichen, dass auch innerhalb der Genusgruppen je nach Lebensform erhebliche Differenzierungen auftreten.

Stefan Kerber, Saarbrücken

ANNELI RÜLING

JENSEITS DER TRADITIONALISIERUNGSFALLEN.

WIE ELTERN SICH FAMILIEN- UND ERWERBSARBEIT TEILEN

Campus Verlag, Frankfurt/Main 2007, ISBN 978-3-593-38485-6

293 Seiten, 29,90 €

Vor dem Hintergrund steigender Frauen- und Müttererwerbsquoten in den alten Bundesländern, einer konstant niedrigen Geburtenrate und wachsender Ansprüche an eine gleichberechtigte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern steht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer noch weit oben auf der Agenda der gesellschaftlich und politisch zu lösenden Probleme. Wie eine gleichberechtigte Vereinbarkeit von Beruf und Familie heute unter den vorhandenen wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen gelebt werden kann und auf welche strukturellen Barrieren Paare dabei stoßen, steht im Zentrum der durchweg gut lesbaren Monografie von *Anneli Rüling*, die aus ihrer Dissertation an der Freien Universität Berlin hervorgegangen ist.

Rüling sieht die Möglichkeit zur Umsetzung einer gleichberechtigten Arbeitsteilung als Prämisse für eine selbstbestimmte Realisierung verschiedener Lebensentwürfe von Paaren an. Die gleichberechtigte Arbeitsteilung ermögliche eine Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und sei insofern als politisches Thema zu begreifen. Die Untersuchungsgruppe waren Paare, die ein egalitäres Arrangement der Arbeitsteilung realisierten. Dieses Sample war gut geeignet, um sowohl die Möglichkeiten zur Verwirklichung einer gleichberechtigten Arbeitsteilung zu untersuchen als auch die strukturellen Barrieren, die eine solche Aufteilung verhindern. Am Beispiel dieser Paare kann also exemplarisch die Gleichzeitigkeit des Wandels und der Stabilität von Geschlechterverhältnissen analysiert werden.

Im ersten Teil der klar gegliederten Studie beschreibt Rüling die konzeptionelle und methodische Anlage der Untersuchung und die Auswertung von qualitativen Interviews mit 25 Paaren aus Hessen nach der *Grounded Theory*. Neben der Diskussion des Forschungsstands zur familialen Arbeitsteilung in verschiedenen Theorietraditionen entwickelt sie in diesem Teil auch unter Rückgriff auf die Strukturierungstheorie von *Anthony Giddens* einen eigenen Analyse-rahmen, mit dem sie strukturelle Rahmenbedingungen und individuelle Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die familiäre Arbeitsteilung als miteinander verschränkt begreift.

Die Verfasserin lenkt ihr empirisches Augenmerk auf das Wirken traditioneller Strukturen im Handeln von sogenannten egalitären Paaren, hier verstanden als Eltern, die sich die Erwerbs- und Familienarbeit teilen, etwa indem beide in Teilzeit arbeiten. Rüling interessiert sich besonders für die in zahlreichen Studien festgestellte Rolle wohlfahrtsstaatlicher Strukturen bei der (Re-)Traditionalisierung der familialen Arbeitsteilung nach der Geburt eines – zumeist des ersten – Kindes. Diese strukturellen Barrieren bei der Verwirklichung egalitärer Arbeitsteilung nennt sie „*Traditionalisierungsfällen*“: „Unter *Traditionalisierungsfällen* verstehe ich Konglomerate von Regeln und Ressourcen, die als unbewusste Handlungsbedingungen zu nicht-intendierten Handlungskonsequenzen – einer Traditionalisierung der familialen Arbeitsteilung – führen. Geschlechtliche Regeln und Ressourcen – ebenso wie ritualisierte Handlungspraxen – prägen die individuellen Deutungen der

Paare und strukturieren ihre Handlungspraxis“ (S. 106, Herv.i. O.).

An spannend zu lesenden Fallbeispielen stellt Rüling im zweiten und umfangreichsten Teil der Studie drei Traditionalisierungsfällen und die Handlungsstrategien vor, die einzelne Paare zur Bewältigung dieser Fällen entwickeln. Als erste Traditionalisierungsfälle identifiziert sie den beruflichen Wiedereinstieg der Mutter als Armutsrisiko. Als zweite Traditionalisierungsfälle kristallisiert sie die Koordination der beruflichen Entwicklung beider Eltern als Überforderung heraus, und als dritte Traditionalisierungsfälle beschreibt sie geschlechtsspezifische Deutungen bei Kindererziehung und Hausarbeit. Diese drei Fällen liegen auf verschiedenen Ebenen und treten an unterschiedlichen Punkten in der Paarbiografie auf: Die erste Falle werde zu einem bestimmten Zeitpunkt nach der Geburt eines Kindes relevant, die zweite folge zeitlich darauf als ein kontinuierliches Thema des Elternpaars und tauche insbesondere bei beruflichen und familialen Veränderungen und Diskontinuitäten immer wieder auf, und die dritte Falle stelle kontinuierliche Herausforderungen zur Aufrechterhaltung der jeweiligen Arrangements von Arbeit und Leben dar, die an vielen Punkten der Paarbiografie aufschienen. Weitere Traditionalisierungsfälle seien möglich, beispielsweise hinsichtlich der Berufswahl, der Wahl einer Partnerin oder eines Partners oder in späteren Phasen des Erwerbsverlaufs und der Familienbiografie.

Im dritten Teil diskutiert Rüling ihre Ergebnisse zusammenfassend und interpretiert die soziale Praxis in einigen der von ihr untersuchten Paarbeziehungen als „*pragmatische Modernisierung*“ (S. 254–255) der Geschlechterverhältnisse. Ergänzend zeigt sie Desiderate und Perspektiven für weitere Forschun-

gen in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen auf.

In theoretischer Hinsicht ist Rülings Studie gekennzeichnet durch einen innovativen und methodologisch unbedingt wegweisenden, wenn auch nicht immer ganz treffsicheren Umgang mit dem komplexen Begriffsgebäude von Giddens' Strukturierungstheorie, wobei dessen Möglichkeiten beispielsweise hinsichtlich der Analyse von Tradition(alisierung) als einer bestimmten Form von Zeitlichkeit in Modernisierungsprozessen nicht ausgeschöpft werden. Die Stärke der Studie liegt in den Fallstudien, die nachvollziehbar machen, wie sich wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen im individuellen Handeln von Paaren niederschlagen und welche Möglichkeiten diese haben, um alternative Handlungsstrategien zu entwickeln. Dabei wird deutlich, dass Traditionalisierungsfällen immer wieder und zu verschiedenen Zeitpunkten in der Familienbiografie zuschnappen können. Weiterführend ist schließlich auch die in den empirischen Daten begründete Bewertung von Strategien und Instrumenten der sogenannten nachhaltigen Familienpolitik, die unter der rot-grünen Bundesregierung konturiert und in der Großen Koalition präzisiert wurde. Erfrischend ist hier vor allem Rülings Plädoyer für produktive Verknüpfungen von Gleichstellungs- und Familienpolitik als Beitrag zum Abbau der analysierten Traditionalisierungsfällen. Zu hoffen bleibt, dass dem in dieser Studie verfolgten Verfahren der konsequenten Verschränkung von strukturellen Rahmenbedingungen und individuellem Handeln weitere empirische Analysen zur Gleichzeitigkeit von Stabilität und Wandel in den Geschlechterverhältnissen folgen werden.

Heike Kahlert,
Universität Rostock

**KARIN JURCZYK/MICHAELA SCHIER/PEGGY/SZYMENDERSKI/
ANDREAS LANGE/G. GÜNTER VOSS: ENTGRENZTE ARBEIT –
ENTGRENZTE FAMILIE. GRENZMANAGEMENT IM ALLTAG
ALS NEUE HERAUSFORDERUNG**

edition sigma, Berlin 2009, ISBN 978-3-8360-8700-1, 399 S., 24,90 €

**MARTINA HEITKÖTTER/KARIN JURCZYK/ANDREAS LANGE/
UTA MEIER-GRÄWE (HRSG.): ZEIT FÜR BEZIEHUNGEN?
ZEIT UND ZEITPOLITIK FÜR FAMILIEN**

Verlag Barbara Budrich, Opladen 2009, ISBN 978-3-86649-187-8,
436 S., 39,90 €

Für die individuelle Zeitzufriedenheit und für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft ist eine gelungene Ausbalancierung des Spannungsverhältnisses zwischen Familie und Erwerbsarbeit von großer Bedeutung. Da die beiden Bereiche heute durch eine zunehmende Entgrenzung geprägt sind, sehen sich die Betroffenen im Alltag mit der Aufgabe eines „Grenzmanagements“ als neue Herausforderung konfrontiert. Zwei lesenswerte Studien, die aus wissenschaftlicher Sicht wichtige Ergebnisse und Forderungen enthalten, die beispielsweise für die Beschäftigten bei Verhandlungen zur Arbeitszeitgestaltung sehr hilfreich sein können, werden hier vorgestellt.

Karin Jurczyk, Michaela Schier, Peggy Szymenderski, Andreas Lange und G. Günter Voß analysieren in ihrer Studie „Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie“ die aktuellen Entwicklungen, Ursachen, Chancen und Risiken sowie die individuellen und gesellschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der von ihnen als „doppelte Entgrenzung“ bezeichneten gesellschaftlichen Veränderungen. Die Autoren stellen einleitend fest, dass die Entgrenzungen von Familie und Erwerbsarbeit unabdingbar mit der Entgrenzung der Geschlechterverhältnisse verbunden sind. Gemeint sind mit dieser „dritten“ Form der Entgrenzung die strukturellen Auflösungs-, Verschiebungs- und Veränderungstendenzen im Bereich von geschlechtsbezogenen Strukturen, die sich im Verlauf der Industrialisierung in der Gesellschaft und im Erwerbsbereich verfestigt haben

und für das Handeln von Menschen prägend waren und teilweise auch heute noch sind.

Als Kern der Entgrenzung von Arbeit sieht das Forscherteam die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses an, das u. a. gekennzeichnet war durch eine unbefristete Anstellung, kontinuierliche berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, regelmäßige Arbeitszeiten, kollektiven tariflichen Schutz sowie betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretungen.

Die Entgrenzung der Familie beinhaltet die Überwindung des Konstrukts der Normalfamilie. Diese war u. a. geprägt durch eine Trennung von Familien- und Erwerbsleben, gemeinsame Haushaltsführung mit klaren geschlechtsspezifischen Zuweisungen von bestimmten Tätigkeiten, Ehelichkeit der Elternbeziehung, eine durch Arbeitszeiten strukturierte Form der gemeinsamen Lebensführung und eine klare Sequenzialisierung des Familienverlaufs. Nach Auffassung der Autoren können gegenwärtig vier Entgrenzungsdimensionen von Familie unterschieden werden: 1. strukturell-morphologische Entgrenzung aufgrund der relativen Vielfalt von neuen Familienformen; 2. zeitliche Entgrenzung, die sich in flexiblen Biografien bzw. Familienverläufen zeigt; 3. räumliche Entgrenzung, die mit dem Begriff „Multilokalität“ verknüpft ist und auf die zunehmenden räumlichen Entfernungen verweist, die für die neuen Formen des modernen Familienlebens kennzeichnend sind; 4. Entgrenzung der Generationsbeziehungen, die geprägt sind durch ein verändertes Beziehungs-

verhalten zwischen den Generationen, wie es z. B. bei den Erziehungsstilen sichtbar wird.

Um die bisher referierten Aussagen, die im zweiten Kapitel der hier vorgestellten Studie als bisherige Forschungsergebnisse durchgängig systematisch und gut lesbar dargestellt werden, zu erweitern, haben die Autoren insgesamt 76 erwerbstätige Mütter und Väter befragt. Ausgewählt worden sind zwei unterschiedlich strukturierte Berufsfelder (Einzelhandel und Film- und Fernsehproduktion) in München und Leipzig. Alle Befragten hatten zum Zeitpunkt der Befragung Kinder im Alter von 0 bis 16 Jahre. Zielsetzung dieser Erhebung war die empirische und theoretische Untersuchung, „wie sich aktuelle Strukturveränderungen von einerseits erwerbsförmiger Arbeit und andererseits der Formen des persönlichen Zusammenlebens konkret im Alltag der Menschen und ihrer Familien auswirken und was daraus für deren Verhältnis zueinander und die Erwerbsarbeit als solcher folgt“ (S. 18).

Aus der Vielzahl empirischer und theoretischer Erkenntnisse sollen hier die sichtbar gewordenen erwerbsrelevanten Umgangspraktiken der Befragten mit der doppelten Entgrenzung kurz dargestellt werden:

1. Arbeitsbedingungen gestalten und verhandeln: Arbeitsplätze gestalten, Arbeitszeiten verhandeln und Bedingungen stellen, widerständige Praktiken und Schichten tauschen; 2. Engagement für den Erwerbsbereich einschränken: zeitliches Engagement reduzieren, räumliche Verfügbarkeit einschränken, Verzicht auf beruflichen Aufstieg, Wechsel in ein anderes Beschäftigungsverhältnis; 3. Familiäres Engagement einschränken: Ausweitung der betrieblichen Verfügbarkeit durch Nutzung partiellen Entbundenseins von Familie; 4. Vermischen der Lebensbereiche: Nutzung der Erwerbsarbeit für private Anliegen (z. B. private Einkäufe während der Arbeit) und Nut-

zung der Privatzeit für Erwerbsarbeit.

Als weiteres Ergebnis der doppelten Entgrenzung konstatieren die Autoren Veränderungen in der Qualität und Quantität der Kopräsenz der Familienmitglieder. Ferner seien zunehmend erschöpfte und gestresste Akteure in Familien zu beobachten und schließlich konnte das Forscherteam Verschiebungen in den Geschlechterverhältnissen in Form veränderter Arbeitsteilungen und Aushandlungen nachweisen. Allerdings wird nach Erkenntnissen der Autoren der Alltag nicht durch entgrenzte Erwerbs- und Familienbedingungen einseitig determiniert. „Vielmehr eignen sich die familialen Akteure die spezifische Gemengelage der doppelten Entgrenzung an, stimmen sie mit ihren beruflichen und familialen Bedingungen und Konzepten ab und entwickeln je eigene Umgangspraktiken“ (S. 326). Flexibilisierte, aber auch überlange Arbeitszeiten erfordern in Verbindung mit den räumlichen Anforderungen, dass gemeinsame Familienzeiten aktiv hergestellt, geplant und ihr Zustandekommen immer wieder abgesichert werden müssen.

Bezogen auf die gesellschaftliche Ebene werden vier Forderungen erhoben, die Anknüpfungspunkte für Unternehmen, Politik, Gleichstellungsstellen und Gewerkschaften aufzeigen sollen:

1. Der in der öffentlichen Meinung vorherrschenden Auffassung von einer sinkenden Leistungsbereitschaft der Bevölkerung muss entgegengewirkt werden. 2. Es müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Familien ihre Leistungen wie Fürsorge, Sozialisation und emotionalen Zusammenhalt erbringen können. 3. Es muss eine Neuausrichtung der auf die Erwerbsarbeit bezogenen Politikbereiche zur Erlangung von verstärkten Gestaltungsspielräumen erfolgen. 4. Die Diskurse um „gute“ Mütter und Väter müssen entideologisiert werden, um Lohn-

gleichheit und gleiche Berufs- und Karrierechancen für beide Geschlechter zu ermöglichen.

Der von *Martina Heitkötter, Karin Jurczyk, Andreas Lange* und *Uta Meier-Gräwe* herausgegebene Sammelband „Zeit für Beziehungen?“ basiert auf Beiträgen einer im Vorfeld des Siebten Familienberichts durchgeführten Veranstaltung sowie einer von der deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik und dem Deutschen Jugendinstitut durchgeführten Tagung. In ihrer gemeinsamen Einführung formulieren die drei Herausgeberinnen und der Herausgeber zunächst ihr Ziel, „den Gedanken der Zeit als konstitutivem Element von Familie ins Zentrum (zu) rücken“ (S. 13). Mit dem Übergang zur späten Moderne könne Zeit nicht mehr als selbstverständliche Ressource des familialen Zusammenlebens gesehen werden, sondern der Umgang mit Zeit erweise sich als zentrale Gestaltungsaufgabe.

In ihrer Einleitung verweisen die Herausgeber u. a. auf das Optionszeitenmodell aus dem Siebten Familienbericht der Bundesregierung, das die durch Familiengründung, Berufseinstieg und Geburt der Kinder geprägte „rush hour of life“ entzerren soll, indem es flexiblere Varianten zwischen Erwerbsarbeit, Fürsorge für andere und für (Weiter-)Bildung eröffnet.

Neben der Einleitung umfasst der Sammelband jeweils drei bis fünf Einzelbeiträge zu folgenden Kapiteln: „Problemanalyse von Zeitnot und entwerteter Zeit“, „Zeiten in der Familie“, „Zeitliche Verschränkung verschiedener Lebensbereiche“ und „Zeitpolitik“. Nachfolgend werden zwei aus gewerkschaftlicher Sicht besonders interessante Einzelbeiträge kurz vorgestellt.

Als Beispiel für „entwertete Zeit“ wird im ersten Kapitel von *Benedikt G. Rogge*, Doktorand an der Universität Bremen, die Arbeitslosigkeit näher untersucht. Für Rogge ist die Begrenzung der negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit – auf den Alltag der Betroffenen – ein zentraler Auftrag der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Allerdings sei die Forschungslage bisher unzureichend und vorliegende Studien kämen teilweise zu unterschiedlichen Ergebnissen. Das liege u. a. daran, dass das tägliche Leben und Erleben von Arbeitslosen in Familien und Partnerschaften sehr heterogen sei. Die Hauptaussage aus der bekannten Marienthalstudie (1933) von *Jahoda, Lazarsfeld* und *Zeisel*, dass sich die freigewordene Zeit in der Erwerbslosigkeit als ein „tragisches Geschenk“ erweise, da eine sinnvolle Zeitverwendung ohne Erwerbsarbeit nicht denkbar sei, müsse stärker diffe-

renziert werden. Nach Rogge lassen sich fünf Faktoren unterscheiden, welche die partnerschaftliche und familiale Alltagszeit in der Arbeitslosigkeit entscheidend prägen:

1. finanzielle Belastungen;
2. alternative, als sinnvoll empfundene Formen der Zeitverwendung;
3. Paartyp (z. B. zeigten sich besondere Anpassungsprobleme bei traditionellen Paaren mit rigider Rollenverteilung);
4. schicht- und bildungsspezifische Ressourcen
- und 5. familiales Interaktionsverhalten und Familienklima.

Für Rogge steht trotz des einschränkenden Hinweises auf die Bedeutung der heterogenen Lebenswelten von Erwerbslosen fest, „dass in einer Leistungs- und Arbeitsgesellschaft wie der unseren die Erwerbslosigkeit bei vielen Menschen zu einer Entwertung der Alltagszeit und damit der Lebensqualität führt“ (S. 84).

In ihrem Beitrag „Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht – Wege aus dem Arbeitszeitdilemma“ setzen sich *Christina Klenner* und *Svenja Pfahl* mit den Arbeitszeiten erwachsener Familienakteure auseinander. Sie verweisen u. a. darauf, dass – trotz tariflicher Vereinbarungen – viele Mütter und vor allem Väter in eine Kultur der langen Arbeitszeiten eingebunden sind. Hierdurch würden sowohl die

zur Verfügung stehende Zeit für Erziehungsaufgaben, aber auch für Pflegearbeiten für kranke und ältere Menschen eingeschränkt. Deshalb fordern die Autorinnen, dass die Betriebe sich von der Vorstellung des „sorgelosen Arbeiters“ verabschieden müssten und eine familienfreundliche, von den Familien selbst bestimmte Arbeitszeitflexibilität ermöglichen.

Die beiden hier vorgestellten Studien können aufgrund ihres ambitionierten theoretischen wie auch ihres inhaltlich umfassenden Ansatzes sowie ihrer durchgängig guten Verständlichkeit als wichtige Beiträge zum gegenwärtig viel diskutiertem Spannungsverhältnis zwischen Erwerbsarbeit und Familie bezeichnet werden. Sie tragen zu einem besseren Verstehen der gegenwärtigen Lebensbedingungen bei. Inwieweit die in den Studien entwickelten Handlungsempfehlungen wie auch die gesellschaftspolitischen Forderungen angesichts der in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem bestehenden Machtverhältnisse realistisch umsetzbar sind, hängt auch vom entsprechenden individuellen und gewerkschaftlichen Engagement ab.

Ludwig Heuwinkel,
Westfalen-Kolleg Bielefeld

CHRISTIAN STEGBAUER

WIKIPEDIA. DAS RÄTSEL DER KOOPERATION

VS Verlag, Wiesbaden 2009, ISBN 978-3-531-16589-9, 320 Seiten, 29,90 €

Studien über die Auswirkungen des Internets auf die Gesellschaft und den Einzelnen füllen Bibliotheken. Manche Markennamen sind in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen, wie „googlen“, das Synonym für die Internetrecherche. Und wer „googlet“, landet ziemlich rasch bei Wikipedia, dem Online-Lexikon von Benutzern für Benutzer. Der äußerst erfolgreiche Online-Dienst aus der idealis-

tischen Frühzeit des Internets sah sich zunächst manchen Anfeindungen ausgesetzt, insbesondere von Journalisten. Sie sahen die Qualitätssicherung nicht gewährleistet und wollten das durch die gezielte Manipulation von Inhalten, die unentdeckt blieben, belegen. Bisweilen geschieht dies noch immer, etwa als kürzlich den zahlreichen Vornamen des Wirtschaftsministers Freiherr von und zu Gutten-

berg ein weiterer hinzugefügt wurde, der ohne Beanstandung von Wikipedia-Nutzern übernommen wurde. Insgesamt jedoch ist Wikipedia als Informationsquelle nicht wegzudenken.

So wundert es nicht, dass Wikipedia selbst Gegenstand der Recherche wird. Der Frankfurter Soziologe *Christian Stegbauer* hat in der Reihe „Netzwerkforschung“ ein solches Werk vorgelegt. Ihm geht es weniger um die gesellschaftliche Wirkung von Wikipedia, als darum, das Online-Lexikon als Netzwerkphänomen zu ergründen.

Der Forschungsschwerpunkt liegt demnach auf den inneren Abläufen, Hierarchien und Kommunikationsstrukturen; die Außenwirkung wird am Rande gestreift.

Stegbauer wendet sich dem modernen Phänomen sehr klassisch zu. Er fragt zunächst nach den Ursachen kollektiven menschlichen Handelns und beantwortet die Frage ebenso traditionell: Persönlicher Nutzen oder die Bindungen an starke religiöse oder gemeinschaftliche Werte erkennt die Soziologie gemeinhin als Antriebsfeder. Das jedoch sei im Falle von Wikipedia „zunächst

einmal nicht erkennbar“. Und so setzt die Neugierde des Soziologen ein, um dem Spezifischen an Wikipedia auf die Spur zu kommen. Auch in seiner Methodik bleibt der Autor dem klassischen soziologischen Ansatz treu und beschreibt zunächst die theoretischen Grundlagen seiner Forschung.

Als Resultat seiner Arbeit konstatiert Stegbauer einen signifikanten Wandel im Anspruch von Wikipedia, der mit den Marktgesetzen zusammenhängt: Der ursprüngliche Ansatz sei gewesen: „Wenn jeder etwas von seinem Wissen beiträgt, dann können wir das Wissen so den Fesseln des Copyright und damit aus privaten Händen befreien und jedermann zur Verfügung stellen“. Diese Sichtweise sei an dem Punkt nicht länger haltbar gewesen, als Wikipedia sich entschlossen habe, ein konkurrenzfähiges Produkt gegenüber anderen Enzyklopädien zu werden. Stegbauer zitiert den Gründer von Wikipedia, *Jimmy Wales*, mit dem Anspruch, der die Wende eingeleitet hat: „Wir sollten mehr auf die Qualität als auf das Wachstum der Artikelzahl achten“. Seitdem bemüht sich Wikipedia nicht einfach nur um Autoren, sondern um „gute“ Autoren. Die Dimensionen

sind dennoch gigantisch. Allein für die deutschsprachige Ausgabe von Wikipedia sind 600.000 Teilnehmerkonten registriert. Allerdings hat sich der Zuwachs inzwischen „wesentlich verlangsamt“. Die hohe Zahl täuscht jedoch darüber hinweg, dass der Einsatz sehr unterschiedlich ist. Kaum mehr als 2 % aller Teilnehmer sind für dreiviertel aller Bearbeitungen verantwortlich. Viele von ihnen gelten als „Vandalenjäger“, deren Aufgabe es ist, den Dienst von unbrauchbaren oder unverantwortlichen Artikeln freizuhalten, deren Versuche Veröffentlichung als Vandalismus bezeichnet wird.

Was für die einzelnen Beiträge gilt, hat Stegbauer auch für die Struktur des Unternehmens insgesamt festgestellt. Die freie Online-Enzyklopädie ist nicht so frei, dass sie ohne Hierarchien auskäme, und die Aussicht auf eine Karriere, die in den inneren Kreis führt, ist in den letzten Jahren deutlich schlechter geworden. Auch das belegt den Weg Wikipedias zur Normalität. Besonders einflussreich sind die Administratoren, zumeist langjährige verdiente Autoren, denn sie entscheiden im Zweifelsfall, was veröffentlicht oder gelöscht wird. Die etwa 250 Administratoren werden gewählt,

man benötigt also eine hohe interne Reputation, um in diese einflussreiche Position zu kommen.

Dass mit dem Engagement bei Wikipedia auch persönliche und politische Motive verbunden sind, belegt der Autor mit der Diskussion um das Massaker von Srebrenica, wo serbische Truppen im Juli 1995 über 6.000 bosnische Männer und Jugendliche ermordet haben. Dies anzuerkennen, fällt manchen Serben jedoch schwer, sodass es zu teilweise polemischen Debatten über den Beitrag kam. Dabei stellt Stegbauer fest, dass Artikelschreiber und Diskussions Teilnehmer nur in wenigen Fällen identisch sind. Die Schreiber zeigen zumeist kein Interesse an der Diskussion, was noch durch andere praktische Beispiele wie die Berichterstattung über den Chef der Deutschen Bank, *Josef Ackermann*, belegt wird.

Zum Anspruch von Stegbauer zählt auch, die Strukturprinzipien offenzulegen, die Menschen dazu bewegen, sich bei Wikipedia zu engagieren. Im Gegensatz zu den oben genannten Beispielen kann bei den meisten Beiträgen nämlich kein konkretes politisches oder gesellschaftliches Interesse festgestellt werden. Demnach funktioniert

Wikipedia als „positionales System“, das heißt, in einem solchen System wissen die Beteiligten ohne formale Rangordnung und Struktur, wie sie sich zu verhalten haben und was von ihnen erwartet wird. Im Umgang miteinander erkennt der Soziologe viel intuitives Verhalten. Durch Begrüßungsnachrichten werden neue Teilnehmer rasch integriert, Positionen festgeklopft. Das geschickt geförderte Gemeinschaftsgefühl steht bei der Motivation ganz oben.

Doch bereits seit Längerem findet nicht mehr jeder seinen Raum. Unpassende Beiträge oder unseriöse Ergänzungen werden von „Vandalenjägern“ gelöscht; zudem kann ein neuer Beitrag von dem ursprünglichen Verfasser des Artikels, dem das positionale System einen großen Einfluss zugesteht, abgeblockt werden.

Die inneren Strukturen des Massenphänomens Wikipedia näher zu beleuchten, ist zweifellos ein sinnvoller Anspruch. Die vorliegende Veröffentlichung ist eine wissenschaftliche soziologische Untersuchung, die allerdings das große Publikum der Wikipedia-Nutzer kaum ansprechen wird.

Klemens Ludwig, Tübingen